

Wohnen in Heidenheim

Warum kommunaler Mietwohnungsbau

Den Bundesländern, aber hauptsächlich den Kommunen kommt die Verantwortung für die soziale Wohnraumversorgung zu. Mittlerweile hat auch die Wohnungsfrage die politische Debatte erreicht. Ein sozialer „Miet“-Wohnungsbau findet auch in Heidenheim nicht mehr statt.

Der Wandel vom ehemals gemeinnützigen, hin zum privatwirtschaftlichen und damit profitorientierten, organisierten Wohnungsbau, scheint noch nicht abgeschlossen.

In Heidenheim ist das Essinger Wohnbauunternehmen vorherrschend.

Die langfristige Versorgung einer weiter wachsenden Gruppe einkommensärmerer Haushalte mit preiswertem Wohnraum findet in HDH nicht statt! Das kommt daher, dass die kommunale Wohnungsfrage bei der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat keine Rolle spielt. Seit Jahrzehnten gilt die von OB Ilg einseitig festgelegte und vom Gemeinderat unwidersprochene Grundlinie, dass der „Kommunale Mietwohnungsbau“ keine kommunale Kernaufgabe sei. Dies kann als ein politisch bewusster Vorsatz unterstellt werden.



Gemeinsam kämpften die Mieter von Klein Zürich mit der DKP für den Erhalt ihres Wohngebiets

Die DKP für kommunalen Mietwohnungsbau

Die Herangehensweise der DKP Heidenheim an die Wohnungsfrage und so auch an die Mieterpolitik, orientiert sich an den allgemeinen Grundbedürfnissen der Menschen. Dazu zählen neben dem Grundbedürfnis nach Gesundheit und Wohlbefinden, dem Grundbedürfnis nach Nahrung, Bildung, Kultur, Arbeit, auch eine gesicherte und dauerhafte Behausung, eine Wohnung.

Ein Dach über dem Kopf, ist für uns deshalb auch ein Menschenrecht. ★



Im Jahre 2013 formulierte der Städtetag in Frankfurt:

- ★ Europa stärken - Wasserprivatisierung verhindern.
- ★ Mietpreisanstieg und Wohnungsmangel dämpfen.
- ★ Kommunalhaushalte nicht überfordern.

Er formulierte zu den Mietpreisen und der Wohnungsnot weiter: Mieterinnen und Mieter brauchen mehr Schutz vor überzogenen, wirtschaftlich nicht begründbaren Mietsteigerungen sowohl bei bestehenden Mietverträgen als auch bei neuen Mietverträgen für Bauten im Bestand.

Die Worte damals hörte man wohl, konkrete Handlungen blieben aus.

Die Immobilien-Mietwohnungskonzerne, wie z.B. Vonovia, spekulieren mit Immobilien um höchstmögliche Profite, auch durch An- und Verkauf, um ihrer Aktionäre zu befriedigen.

Standpunkt der DKP

Falls es ernsthafter Wille ist, den Sozialen Mietwohnungsbau mit dem Ziel bezahlbarer Wohnungen aufzunehmen, muss diese Willenserklärung im Gemeinderat beschlossen werden.

Unsere Forderung

Der Gemeinderat erklärt:



Der Soziale Mietwohnungsbau ist eine kommunale Kernaufgabe



Sozial is' muss!



Ein Grundsatzbeschluss des Gemeinderats, für eine einmütige Willenserklärung zum sozialen und kommunalen Mietwohnungsbau, ist entscheidend, weil OB Bernhard Ilg seit seinem Amtsantritts diesen Grundsatz beharrlich missachtet und ablehnt.



Grundsätzlich, insbesondere für das Wohnbaugebiet „Klein Zürich“ (NEU am Hardtwald) sind die am 17.12.2015 beschlossenen städtebaulichen Vorüberlegungen DruSa. GR 103A/ 2015 Grundlage einer neuen Bebauung. Sie sind unverändert umzusetzen.



In der Sachdarstellung und Begründung der Gemeinderatsvorlage heisst es: „...um eine Sicherung der Wohnraumgrundversorgung für jene Teile der Bevölkerung, die ihren Wohnungsbedarf nicht auf dem freien Wohnungsmarkt decken können und deshalb auf Massnahmen des Sozialen Wohnungsbaus dringend angewiesen sind.“

Noch im Vorfeld, am 16.12.2015 titelte die HZ die Rückkehr zum sozialen Wohnungsbau.

Mit der Veröffentlichung in der HZ am 22.12.2015 „Grosse Lösung für „Klein Zürich“ bejubelten alle Fraktionen und auch die Einzelmitglieder ihren eigenen Beschluss. Es sei derzeit sehr wichtig: „Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen“.

Aber weit gefehlt.

Die strategische Veränderung der Bebauung von „Klein Zürich“ ergab sich bereits im Februar 2016. Das Gebiet „Klein Zürich“ wird jetzt zum „Hardtwald“.

Damit wurde die strategische Umwidmung eingeleitet.

Mit dem grossen Deal „Stadt kauft „Klein Zürich“, lenkte OB Ilg die Sicht



auf eine Bebauungsfläche in der ein grosses Entwicklungspotential stecke, dessen Möglichkeit nicht mit einer 08/15-Vermarktung verspielt werden sollte.

Einen Schlag nach dem andern versetzte OB Ilg der Hoffnung auf den Bau bezahlbarer Mietwohnungen. Haintal: Freiraum für neue Wohnformen. OB Ilg skizzierte den Kurswechsel: Statt Sozialbauten, anspruchsvolles Wohnen in neuer Form. Auch wenn es etwas verrückt ist.

Lediglich Stadtrat Püschel (DKP) stellte sich am 29.09.2016 gegen den Gemeinderatsbeschluss, rund 130.000,- Euro für einen Planungswettbewerb an der Giengener Strasse für ein neues Wohnquartier auszugeben.

Die strategische Kehrtwende des Be-



Für Frieden und Sozialismus!



schluss vom 17.12.2015 hin zu dem vom 29.09.2016 ist abgeschlossen. Eine Kehrtwende vom Sozialen Mietwohnungsbau zum „Freiraum für neue Wohnformen“.

OB Ilg verkraftet seine politische Umkehr. Der Gemeinderat liess sich am Nasenring durchs Rathaus ziehen.

Der Oberbürgermeister hat sich seinen politischen Rückfall zum Bau von Eigentumswohnungen der besonderer Art vom Gemeinderat bescheinigen lassen.


Von Gemeinderäten die ihm gedankenlos folgen kann nichts anderes erwartet werden.

Die Papiervorlagen der Stadtverwaltung haben für die Stadträte eine höhere Autorität und wiegen in der Tat schwerer als der soziale Mietwohnungsbau.

Nur die DKP steht zur sozialen Wohnungsfrage

Wachsender Reichtum steht gegen wachsende Armut.

Wachsender Luxus gegen tiefe Verelendung und Obdachlosigkeit.

Die DKP steht zur Kommunalisierung der Wohnungsversorgung, es bleibt eine kommunale Kernaufgabe. 



W. Benz

Die Kandidaten der DKP zur Bundestagswahl 2017

Es gibt viele Gründe im September die DKP zu wählen



F. Bühner

...Wenn 15,5 Prozent der Bevölkerung und fast jedes fünfte Kind in Armut leben und ein Grossteil der Werkstätigen nach 45 Jahre Arbeit mit Hartz-IV-Renten abgepeist wird.



R. Püschel

Wenn der Verteidigungshaushalt entsprechend der NATO-Vorgaben von derzeit 34 Mrd.€ auf 60 Mrd.€ erhöht wird.

Wenn auf der einen Seite die Reichen immer reicher werden und es



auf der anderen Seite immer mehr Arme gibt, dann ist es höchste Zeit sich für eine andere Politik zu entscheiden. Im September ist es Zeit, der DKP eine Stimme zu geben.

Denn die Kandidaten der DKP stehen an Deiner/Ihrer Seite



Strichweise heiter Was hat sich geändert?
Kein Anschluss unter dieser Nummer: Über die Definition von Service sind die Gagfah und ihre Mieter unterschiedlicher Ansicht.
Zeichnung: Gaißer

